

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark usw.

Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

wurden 8. Spatzen, 34mm br. Millimetergröße oder deren Raum mit 20 Pf. berechn. u. in weiteren Pausenstellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen.

Nr. 305.

Halle, Donnerstag, den 3. Juli.

1919.

Der Eisenbahnerstreik beendet.

Die Eisenbahner wollen wieder arbeiten

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Mit dem morgigen Tage findet ein Teil des Berliner Verkehrsstreiks sein Ende.

Da wir uns der Ansicht nicht verschließen, daß der Eisenbahnerstreik in diesem Augenblicke schwere Schädigungen für die Allgemeinheit mit sich bringt, haben wir uns entschlossen, unsere eigenen Interessen vorläufig hinter denen der Allgemeinheit zurückzustellen.

Die Beilegung des Streiks ist aber wohl hauptsächlich auf die Verordnung des Eisenbahnministers... Die Ausföhrung der Beilegung des Streikbahnerstreiks sind in ungewisse Fernen gerückt, nachdem einerseits die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn nicht geneigt ist, weitere Konzessionen zu machen...

Heute schon Besserung der Lage.

WTB. Berlin, 2. Juli. (Drahtnachricht.) Das angedeutete Verhalten aus den Bestimmungen der Eisenbahner steht noch nicht fest, da Zeitresultate aus Hauptwerkstätten noch fast alle fehlen.

Erklärung des Reichsarbeitsministeriums

WTB. Berlin, 2. Juli. Das Reichsarbeitsministerium gibt in einer Erklärung bekannt, daß es abgelehnt habe, in den Berliner Arbeitsstreik vermittelnde einzuschlagen.

Deutsche Note an Clemenceau.

WTB. Berlin, 2. Juli. Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles wurde dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note überreicht:

Auf die Note vom 28. 6. betreffend die Aufhebung der Blockade beziehe ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sich nicht, sobald sie von der verbindungsähnlichen vollständigen Ratifikation des Friedensvertrages durch das Deutsche Reich amtlich Kenntnis erhalten, die Blockade schon vor Inkrafttreten des Friedensvertrages aufzuheben.

assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschlußfassung der geteigerten Körperschaften und der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können.

Wiedereröffnung des englisch-deutschen Handels.

Basel, 2. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Englische Blätter berichten, daß die englische Regierung die Wiedereröffnung der in England befindlichen Filialhäuser deutscher Firmen und den ungeschützten Telegramm- und Briefverkehr zwischen diesen Filialen und den deutschen Hauptstellen genehmigt habe.

Basel, 2. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Daily News melden, habe das Wirtschaftsbüro die Erlaubnis zur Befrachtung englischer Schiffe nach deutschen Häfen gegeben.

Amerika braucht deutsche Waren.

Frankfurt a. M., 2. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der New-Yorker Berichterstatter der Frankfurter Zeitung meldet, daß die sofortige Wiedereröffnung der Handelsbeziehungen mit Deutschland immer dringender und allgemeiner gefordert wird.

Die Amerikaner werden Oberschlesien besetzen.

Breslau, 2. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Besetzung Oberschlesiens, die wahrscheinlich durch amerikanische Truppen erfolgen wird, wird, wie man amtlich mitteilt, erst nach der Ratifizierung des Friedensvertrages erfolgen.

Lebensmittelkrawalle.

Dortmund, 2. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Hier kam es heute vormittag zu schweren Lebensmittelkrawallen. Eine große Menschenmenge kürzte und plünderte auf dem Wochenmarkt die Verkaufsstände.

Lebensmitteldiebe.

WTB. Hamburg, 2. Juli. Eine größere Bande von Lebensmitteldieben wurde heute nacht vom Oranienburgerdamm 12 am Altonaer Schlossweg verhaftet.

Neue Unruhen in München?

WTB. Berlin, 2. Juli. Laut Def. Anz. würde die Stimmung in München so, daß mit einem neuen Unruhen ausbrechen muß. Geht es ein, so ist das der Kommunismus, der die Arbeiter zu Unruhen nicht anspornt.

Die Bolschewistenstaaten.

Am 30. Juni meldete das Ungarische Korrespondenzbüro: Im Sinne der Entente haben wir den Rückzug der aufgewungenen Grenze heute vormittag um fünf Uhr begonnen.

Genau hundert Tage vor an diesem Morgen die ungarische, genau hundert Tage die russische Räterepublik alt geworden. Während eines halbjahres hat es in Europa nicht an Verleumdungen gefehlt, noch andere bolschewistische Staatswesen zu schaffen; auf deutschem Gebiet: in München, in Braunschweig, in Bremen, in Hamburg, in westdeutschen Industriestädten sind für Wochen oder Tage, die Kommunistenrepublik Verhältnisse geworden.

Tragt man sich, was, trotz des wenig verlockenden russischen Beispiels, dem Bolschewismus die außerordentliche Werbetaft gab, so trifft man zunächst auf den äußeren, nationalen Erfolg dieser Staatsform. Gerade die internationalistische Proletarierbewegung hat, mit ihrem entschlossenen Daß gegen die vereinigen patrotischen Großmächte und mit ihrer gewalttätigen Vereinhaltung die nationale Widerstandskraft der Kommunistenstaaten außerordentlich gefördert.

Auch die mitwirkenden nationalen Kräfte aber hätten dem Bolschewismus nicht die überirdische Lebensfähigkeit gegeben, wäre er nicht, das, was seine eigentliche Werbetaft ausmacht: der geistliche, sinnlich einseitige Ausdruck für alles, was die Wölfer als La-fache einer unabwehrbaren Weltumwälzung bewegt oder dunkel empfinden. Die Grundlagen unseres Weltanschauens verwandelt sich; und die Veränderung nimmt eine Richtung, an deren Ende der Bolschewismus zu stehen scheint.

Erst wenn die Völker begriffen haben, daß die Wahrheit, die er erschafft, trotzdem Wahrheiten sind, daß auch in diesem Falle der Weg mehr ist als das angedeutete Ziel; wird der Bolschewismus keine Werbetaft verloren haben. Einzuweilen bahnt den Weg zu solcher Erkenntnis der äußere Mißerfolg. Die ungarische Räterepublik muß von innen zusammenbrechen, weil sie den Widerstand nach außen aufgeben muß.

Friede in Budapest über die Zustände in Berlin und Hamburg.

Budapest, 2. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die bolschewistischen Zeitungen begrüssen die Berliner und Hamburger Ereignisse mit unvorbehaltener Anbel. Sie geben ganz trant und frei zu, daß die Ereignisse in nicht geringem Maße auf den Einfluß der ungarischen Räteregierung zurückzuführen sind und hoffen, daß es jetzt endlich gelingen werde, die sozialistische Regierung zu stützen und die Räterepublik in Deutschland zu errichten.

Vertical text on the left margin, partially cut off.

Die deutschfeindlichen Kundgebungen in Spa.

WTB. Spa, 2. Juli. Der juristische Beirat der deutschen Waffenstillstandskommission, Generalmajor Hammerstein, erklärte anlässlich der feindlichen Kundgebungen in Spa den Militärrat am 1. Juli in einer Protestnote unter anderem:

"Berichts am 23. und 24. 6. haben vor dem von der deutschen Waffenstillstandskommission benannten Stützpunkt in Spa deutschfeindliche Demonstrationen statt. Ich wies daher auf die Notwendigkeit ausreichender Schutz hin. Bei dem getriebenen erfolglosen Abtransport eines Teiles der deutschen Waffenstillstandskommission kam es erneut zu feindlichen Kundgebungen, trotzdem die Wachen der englischen und belgischen Sicherheitsorgane rechtzeitig bemerkt wurden. Auf verschiedene Automobile wurden Steine geworfen; einige derselben trafen die Insassen. Die belgischen und englischen Zivil- und Militärbehörden verhinderten die Ausbreitung nicht. Ich erhebe daher gegen die Vorworte der französischen Presse, die ferner General Hubant zu verurteilen, daß die Verletzung des Gebietes der Waffenstillstandskommission auf belgisches Gebiet nunmehr beklagt erfolgt."

Die französische Höflichkeit.

WTB. Berlin, 2. Juli. Der Zustand der Frau Dornbusch, die bei ihrer Anwesenheit in Versailles einen Steinwurf an den Hinterkopf erhalten hat, hat sich nach der "Zeit. Rundschau" so verschlimmert, daß sie in die Klinik der Charité übergeführt werden mußte, da eine leichte Gehirnerkrankung sich jetzt bemerkbar macht. Ihre Genesung wird kaum vor acht Wochen bemessbar sein.

Don der Waffenstillstands-Kommission.

WTB. Spa, 2. Juli. Die Fortdauer der Tätigkeit der Waffenstillstandskommission bis zur Klärung des Friedensvertrages. General Hubant übergab der deutschen Kommission in Spa am 30. Juni folgende Note:

"Die internationale permanente Waffenstillstandskommission wird die Tätigkeit bis zur Klärung fortsetzen. Im belgerischen Interesse ist eine Verminderung des Personal mäßigenswert. Die internationale permanente Waffenstillstandskommission wird von Spa verlegt. Der neue Aufenthaltsort wird in kürzester Frist festgelegt. Die deutsche Waffenstillstandskommission wird zu gegebener Zeit von den Entscheidungen des Personals verständigt werden. Es liegt in Ihrem Interesse, sich ohne Verzögerung, nach Rücksicht zu verhalten."

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 2. Juli. Am Regierungstische: David, Willeff, Erbsberger und Vertreter der Einzelstaaten. Präsident Scheubner-Rothemeyer eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 20. Der schließliche Antrag der Abg. Bachmeyer und Gen. um Aufhebung der gegen den Abgeordneten Dr. Gumboldt ausgesprochenen Strafbefehle wurde einstimmig angenommen. Die Dauer der Session wird an die Geschäftsordnungs-Kommission vertrieben.

Es folgt die zweite Lesung des Verfassungsentwurfes. Abg. Hanmann (Dem.) führt als Vorsitzender des Verfassungsausschusses aus, daß das vorliegende Werk unter schweren Sorgen geschaffen worden ist. Der Spielraum der nationalen Kräfte ist in unerhörter Weise beschränkt. Um so wichtiger ist ihre Zusammenfassung zur Einheit. Das geschieht durch die Verfassung. Das kritische Problem des Einheitsstaates ist nicht gelöst worden. Dennoch ist auch hier auf großen Gebieten die Einheit herbeigeführt worden. Reichsfeindlichkeit und Reichspost, Reichsgebühren, die Regelung der Reichsangelegenheiten und die Reichswehr waren unabweisbar.

Wird die Verfassung angenommen, dann kann kein Volk sich einer freieren Konstitution nähern.

(Beifall.) Das richtige Funktionieren dieser Verfassung hängt von dem Willen der Nation ab. Wenn sie von dem Willen getrieben ist, ihre Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu befestigen, dann wird diese Verfassung das deutsche Volk erheben.

Zu dem ersten Hauptteil, erster Abschnitt, mit der Ueber-schrift

"Reich und Länder"

referiert.

Abg. Kahl (D. Vpt.): Der Anschluß Deutschlands liegt nicht angedacht der tatsächlichen Lage nicht verwirklicht. Das schwierigste und wichtigste Gebiet des neuen Verfassungswerkes ist die Schaffung eines gerechten Ausgleiches der französischen Ansprüche zwischen Staat und Ländern. Mögen sie nicht werden in dem Sinne, daß neben der Einheit eines national-eigenen Eigentums der Länder eine federative Reichseinheit und eine starke Reichsgewalt geschaffen wird.

Abg. Dr. Cohn (U. S.) begründet einen Antrag der Unabhängigen, in der Ueber-schrift die Worte "Verfassung des deutschen Reiches" zu ersetzen durch "Verfassung der deutschen Republik". Der Redner tritt lebhaft für den Einheitsstaat ein.

Reichskommissar Dr. Preuß: Will Herr Dr. Cohn den Namen Reich in der ganzen Verfassung beseitigen, so müßte ich entschieden widersprechen. Der Einheitsstaat ist zurzeit in Deutschland nicht herzustellen.

Abg. Dr. Willeff (Dem.): Es wäre völlig verfehlt, die Bezeichnung Deutschland deshalb zu beseitigen, weil es nach der Auffassung des Herrn Dr. Cohn ein deutsches Reich nicht mehr geben soll. Ich lasse mir den Stolz auf das Deutsche Reich nicht nehmen.

Abg. Dr. Luard (Soz.): Am agitatorischen Mißbrauch und Mißverständnissen vorbeugend, sind wir geneigt, für den Antrag Cohn zu stimmen. Im Ausschuss sind wir mit Entschiedenheit für den Einheitsstaat eingetreten. Die Unabhängigen haben so viele Massenbewegungen gemacht, aber eine für den Einheitsstaat nicht.

Der Antrag, in der Ueber-schrift "Verfassung der deutschen Republik" zu setzen, wird abgelehnt. Die Ueber-schrift "Verfassung des Deutschen Reiches" wird angenommen.

Diese Aussprache wird auch die Einleitung angenommen. Bei Beratung über den Artikel erklärt

Abg. Dr. von Dehnbach (D. R.): Für uns bedeutet dieser Artikel den Abschied von einer großen Vergangenheit. Für uns entsteht deshalb die Frage, ob wir unser Siegel unter diese Lasten drücken sollen. Wir verneinen dies, weil wir noch heute grundsätzliche Anhänger der Monarchie sind. Dennoch wollen

wir auf dem Boden der neuen Lasten weiter mitarbeiten. Wir sind die Freunde des künftigen Deutschlands. Wir sind dem Staat den größten Kampf in Wort und Bild nicht beschränkt. Wir verlangen, daß wir ungebändert im ganzen Land unsere Auffassung zur Geltung bringen können.

Reichsminister Dr. David: Der Inhalt der Verfassung eröffnet die freie Bahn für jeden geistigen Kampf. Gegenüber dem Vorwurf des Herrn Dr. Dehnbach, die Verfassung trage den Charakter der Schwäche und Beschränkung, ist die Verfassung nicht beschränkt. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt ruht auf dem Volke aus, und wenn die Herren (nach rechts) die Probe auf das Exempel machen und versuchen sollten, ihre Auffassung gegen diese Feststellung gewaltsam durchzusetzen, so werden sie finden, wie stark und trajalvoll die Republik begründet ist.

Abg. Roth (Dem.): Ich meine, wir sollten heute nicht in den Wunden wühlen, die uns die Vergangenheit gelassen hat, sondern wir sollten versuchen, uns zusammenzuschließen, um diese Wunden zu heilen. Wir sind keine grundsätzlichen Republikaner. Heute aber kann von der Einführung der Monarchie keine Rede mehr sein. Wenn wir den vollkommenen Einheitsstaat nicht haben, so trifft die Schuld diejenigen, die im November an alles mögliche dachten, nur nicht auf die Wiederherführung der Einheit. Die Verfassung ist nicht gebildet, aber wenn das Volk erst zur Ruhe gekommen ist, wird es erfahren, ein wie großes und gewaltiges Werk mit ihr enthalten ist.

Abg. Dr. Haack (Unabh.): Der Reichsminister hat gesagt, freie Meinungsäußerung solle nicht unterdrückt werden. Dennoch ist jetzt die rote Fahne und sind noch andere Bezeichnungen verboten worden.

Reichsminister Dr. David: Soweit sich der Kampf im Rahmen des Geistesigen hält, wird er von der Regierung niemals eingeschränkt werden. Wenn aber aufgefordert wird, Gewalt anzuwenden, mit Handgranaten, dann ist es die Pflicht der Regierung, die Demokratie vor der harten Regierung zu schützen.

Abg. Heintze (Deutsche Vpt.): Da es sich jetzt darum handelt, die Republik grundsätzlich als Staatsform festzusetzen, werden wir gegen den Artikel 1 abstimmen.

Abg. Dr. Cohn (Unabh.): Wir verneinen uns dagegen, daß man die neue Verfassung mit dem Geiste des alten Systems erfüllt.

Der Verfassungsentwurf wird mit großer Mehrheit angenommen.

Artikel 2 wird ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die Beratung über Artikel 3, der bestimmt: Die Reichsfarben sind Schwarz-Weiß-Rot. Die Handelsfarben sind durch Reichsflagge bestimmt.

Reichsminister Dr. David: Ein Zentrumsantrag schlägt vor, daß die Handelsflagge Schwarz-Weiß-Rot sein soll und mit schwarz-rot-goldenen Ecken versehen werden soll. Die Regierung ist mit dieser Regelung einverstanden. Ein unabhängiger Antrag verlangt Rot als Reichsfarbe. Die rote Fahne ist abzulehnen, denn sie würde eine Parteifarbe sein. Aus dem gleichen Grunde empfehle ich auch die Ablehnung des Antrages der Rechten auf die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Fahne. Diese war schon vor dem Kriege für einen großen Teil unseres Volkes lediglich Parteifarbe.

Abg. Kahl (Deutsche Vpt.) legt sich für eine Entschiedenheit für die Flagge Schwarz-Weiß-Rot ein. Vor allem verleihe der Flaggenwechsel gegen unsere nationale Würde. Unter Schwarz-Weiß-Rot seien unsere Heiden gefallen. Die Achtung vor ihnen und die Selbstachtung verlangen, daß wir diese Fahne hochhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Gaverens (Deutschf.): In der schwarz-weiß-roten Fahne sehen wir das Symbol der Vaterlandsliebe. Darum ist sie ein nationales Heiligtum.

Abg. Peterjorn (Dem.): Die überwiegende Mehrheit meiner Fraktion wird für die Beibehaltung der alten Fahne stimmen. Schwarz-Weiß-Rot ist für uns das Symbol der Volksarbeit und der Volkstätigkeit Deutschlands. Deshalb stimmen wir gegen den Flaggenwechsel.

Abg. Dr. Cohn (Unabh.): Die Beibehaltung von Schwarz-Weiß-Rot würde die schwere Proklamation gegen die überwindende Mehrheit des Volkes sein.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Für die Demokraten ist Schwarz-Weiß-Rot die Farbe, für die sie von jeher gekämpft hat.

Abg. Dr. Luard (Dem.): Im Auftrage der Minderheit meiner Fraktion trete ich für Schwarz-Weiß-Rot ein, die für uns die Farbe Groß-Deutschlands sein wird.

Die Abstimmung soll morgen vorgenommen werden. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr (Weiterberatung) Schluß 8 Uhr.

Aus der demokratischen Fraktion.

Weimar, 2. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In den Kreisen der demokratischen Fraktion hält man die Ablehnung des demokratischen Parteiengesetzes am 19. Juni für unglücklich, da zu dieser Zeit wichtige Verhandlungen der Nationalversammlung stattfinden und die Fraktionsmitglieder nicht abkömmlich sind. Heute hat die demokratische Fraktion eine Sitzung abgehalten. Die Verhandlung, die infolge des Rücktritts des Herrn v. Payer vom Fraktionsvorsitz notwendig geworden ist, wurde aber vertagt, da eine Anzahl Fraktionsmitglieder nicht eingetroffen sind.

Ueber die Befreiung des Reichspostens in Wien ist im Kabinett nicht verhandelt, geschweige denn ein Beschluß gefaßt worden.

Das Gesetz über die Reichstagswahlen.

WTB. Weimar, 2. Juli. Der Untersuchung des Verfassungsausschusses für die Vorbereitung des Gesetzes über die Reichstagswahlen, insbesondere hinsichtlich einer Ausgestaltung des Verhältniswahlsystems, wird keine Arbeiten baldig aufnehmen. Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses wird sich demnach auch auf das Beschäftigen beschränken.

Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 2. Juli. 88. Sitzung am 2. Juli, 1 Uhr. Der Antrag Dr. Rueter (Dem.) auf Annahme eines Gesetzes über die Sonderrechte von Schleswig-Holstein geht an den Gemeinderat über. In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf Abbe-dal (Dem.) über Veränderung der Staatsgrenzen und Grenzmitteilung bei Grenzveränderungen beraten und angenommen. Der Gesetzentwurf zur Veränderung des Staatsgrenzenverhältnisses wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Ebenso wird das Gesetz zur Veränderung des preussischen

Verfassungsausschusses in erster und zweiter Lesung erledigt.

In Fortsetzung der Beratung des Justizgesetzes ist die Besetzung des Reichsgerichts durch die Reichsversammlung in erster und zweiter Lesung erledigt.

Abg. Göttsche (Dem.) tritt für Reform der Strafanstalten ein.

Abg. Kahl (D. Vpt.) tritt für Reform der Strafanstalten ein.

Abg. Kahl (D. Vpt.) tritt für Reform der Strafanstalten ein.

Abg. Kahl (D. Vpt.) tritt für Reform der Strafanstalten ein.

Abg. Kahl (D. Vpt.) tritt für Reform der Strafanstalten ein.

Abg. Kahl (D. Vpt.) tritt für Reform der Strafanstalten ein.

Abg. Kahl (D. Vpt.) tritt für Reform der Strafanstalten ein.

Vermögensbehlagnahme des preussischen Königshauses.

WTB. Berlin, 2. Juli. Der "Staatsanzeiger" veröffentlicht Ausführungsbestimmungen über Beilagnahme des Vermögens des preussischen Königshauses.

Das Kriegsministerium über General Hoffmann.

WTB. Berlin 2. Juli. Vom Kriegsministerium wird mitgeteilt: Die von General Hoffmann ausgesprochenen Beschlüsse hinsichtlich der Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens des preussischen Königshauses sind dem Kriegsministerium unbekannt. General Hoffmann hat persönlich, wie viele andere und wie im Innern gemäß alle Offiziere, gegen diese schmachvollen Bedingungen protestiert und hat zum Ausdruck gebracht, daß er bei Auslieferung des Reiches nicht weiter dienen könne. Nachdem die durch die Annahme des Friedens geschaffene Lage bei den Truppen bekannt geworden ist, hat General Hoffmann ausdrücklich gemeldet, daß er den Befehlen seiner Vorgesetzten gehorchen werde, nur die Bitte hinzuzufügen, um von seinem Posten zu entlassen, falls kein Grenzabstimmungsgerüst werden müßte. Den Truppen vor von Oberkommando sich im Hinblick darauf besonders eingehend zu machen, daß sie den Weisungen ihrer Vorgesetzten zu folgen haben werden. Diese Mitteilung entspricht den zahlreichen Beschlüssen gegen General Hoffmann den Boden. Die Regierung hat kein Verlangen eines strafrechtlichen und gebieterischen Vorgehens nach dem Abschluß der im gegenwärtigen Auftrage zu erfüllen. In den ausbleibenden Tagen kann niemand unseren Erwartungen den Ausdruck ihres bitteren Schmerzes verweigern. Diesen Empfindungen trägt auch die Regierung voll Rechnung, solange Ordnung und Gehorsam gewahrt bleiben. Das ist tatsächlich heute unerwartet der Fall gewesen und gerichtet den Offizieren und Truppen zum hohen Gedenken.

Rückkehr von Salonstücken.

WTB. Berlin, 2. Juli. Nach den im Reichsministerium vorliegenden Informationen werden die Dampfer "Konstantin" und "Christian" mit Salonstücken in den ersten Julitagen in Deutschland erwartet. Der Rest der Kreuzer "Adonis" und "Reichs-Rath" am 24. Juni verlassen.

Jahresliche Verhaftungen in Altona.

WTB. Altona, 2. Juli. Die Jahreszahl hat in der letzten Nacht zahlreiche Verhaftungen von Deuten vorgenommen, die bis vierzehn oder nach 10 Uhr auf der Straße blieben. In der Großen und Kleinen Freiheit kam es zu Schießereien. Der Tod wurde jedoch sehr bald ausgemerzt getrieben.

Kommunistischer Zug.

Wien, 2. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Nach dem Neuen Wiener Tagblatt: Heute die amerikanische Delegationskommission ist, da in der letzten Woche zahlreiche kommunistische Agitatoren über Deutschland nach Deutschland reisten. Viele von ihnen benutzten Flugzeuge und begaben sich nach Hamburg. Einer der verhafteten Agitatoren erklärte, Bela Kun habe sein Wort verstanden, daß in der ersten Juliwoge die Wienerrepublik in Deutschland proklamiert würde.

Haufenweise Erschießungen in Budapest.

WTB. Wien, 2. Juli. Reisende aus Ungarn berichten, daß bei der Niederwerfung des letzten Aufstandes in Budapest nicht nur Soldaten und Zivilisten, sondern auch zahllose wahllose Knaben haufenweise erschossen wurden. Es waren dies Jünglinge der Lyceen- und Akademie, die sich an der Besetzung der Telefonzentrale beteiligten, 14-15jährige Knaben. Sie wurden kaum, um was es sich handelte, und machten den Aufstand beschuldigt, weil man sie in der Militärakademie hängen ließ.

Anschlußverhandlungen zwischen Oberösterreich und Schweiz.

WTB. Wien, 2. Juli. (Korr.-B.) Eine Despatchagentur meldet gestern, daß zwischen Österreich und der Schweiz neuerdings Anschlußverhandlungen im Gange seien, und daß Staatskanzler Dr. Renner hierzu seine prinzipielle Zustimmung gegeben habe. Wie die "Holl.-Zeitung" erklärt, enthält die Mitteilung, wenigstens soweit sie Dr. Renner betreffe, leber Begründung.

Vertrauensvotum für den Gewerkschaftskongress.

WTB. Berlin, 2. Juli. Kurt Gerhardt's Stellung zum Kongress ist auf dem Gemeinderatskongress ein Vertrauensvotum mit über 90% Mehrheit angenommen worden. Dem Reichsarbeiterverband stimmten 53 Delegierte dafür, 40 dagegen, vom Verband über 18 und 12 gegen. Andere Verbände stimmten fast geschlossen dafür. Der Antrag des Gewerkschafts

Einige dieser ...

Emonts bleibt in Haft.

Der ...

Das unabhängig-kommunistische Kabinett

Zusammensetzung ...

- 1. Vorsitz: ... 2. ... 3. ... 4. ... 5. ... 6. ... 7. ... 8. ... 9. ... 10. ... 11. ... 12. ... 13. ... 14. ... 15. ...

Erzberger und die Jallresolution.

Die ...

Deutsches Reich.

Die ...

Die ...

Halle und Umgebung.

Das ...

Bei den ...

Am die Fleischverforgung unserer Stadt

hat ...

Im ...

Beschwerden

über ...

„Saale-Zeitung“

(Zugabteilung).

mit der ...

Das ...

Die ...

Die ...

Die ...

Kunst und Wissenschaft.

Die ...

Die ...

Die ...

Provinzial-Nachrichten.

Die ...

Die ...

Die ...

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Körperkultur der Frau.

Zum ...

Von ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

